

SPD - Fraktion im Ortsgemeinderat Wackernheim

Sozialdemokratische
Partei
Deutschlands

Fraktionssprecher:
Joachim Beck
Am Lornenberg 25
55263 Wackernheim
Tel. 06132/56128

Wackernheim, 11. November 2010

An die
Bürgermeisterin
der Gemeinde Wackernheim
Sybille Vogt
Rathaus

A N T R A G

Hände weg vom kommunalen Heberecht

Die SPD- Fraktion im Ortsgemeinderat beantragt nachfolgende Beschlussfassung einer Resolution:

Der Ortsgemeinderat begrüßt ausdrücklich den Vorschlag der Finanzausgleichskommission beim Bund, an der Gewerbesteuer festzuhalten und die Alters-Grundsicherung, die bislang von den Kommunen getragen wird, schrittweise abzubauen und über einen Zeitraum von längstens 5 Jahren die Kommunen von dieser Finanzlast zu befreien.

In gleicher Weise kritisiert der Ortsgemeinderat den Vorschlag der Finanzausgleichskommission, den Kommunen ein eigenes Heberecht zur Einkommenssteuer zu geben. Ein solches Heberecht zerstört die Solidarität zwischen den Kommunen, verschärft den Unterschied zwischen Kommunen mit hohen und Kommunen mit deutlich geringeren Soziallasten pro Einwohner, „vertreibt“ Einwohnerinnen und Einwohner aus sozial hoch belasteten Kommunen in deren Umland und richtet sich somit letztlich gegen die Städte und zentralen Orte.

Der Ortsgemeinderat widersetzt sich nicht einem Wettbewerb zwischen den Kommunen um bessere Ideen, um einen vernünftigen Umgang mit Geld und auch nicht um eine verstärkte Kooperation zwischen benachbarten kommunalen Gebietskörperschaften. Eine „neue Konkurrenz“ um höhere oder niedrigere Steuern ist indessen Gift für die kommunale Zusammenarbeit und richtet sich letztlich auch gegen das Gebot der Verfassung zur Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Die Einführung eines kommunalen Heberechts zur Einkommenssteuer schafft weitere Nachteile für die durch Soziallasten besonders geforderten Kommunen, führt zu einer weiteren Verschärfung strukturell bedingter Unterschiede zwischen finanziell leistungsfähigen Kommunen und finanziell überforderten Gebietskörperschaften und bringt die Kommunalaufsicht in „Teufels Küche“.

Der Ortsgemeinderat fordert deshalb die Bundesregierung und die Landesregierung, den Deutschen Bundestag und den Landtag Rheinland- Pfalz auf, diesem Vorschlag der Finanzausgleichskommission zu widersprechen und stattdessen dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen über die Alters-Grundsicherung von weiteren finanziellen Soziallasten als Folgen bundesgesetzlicher Regelung befreit werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'JBR', written in a cursive style.